

Resolution

Eine für alle – für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie in Duisburg

Antragsteller: Kreisvorstand

Die letzten zwei Jahre in der Geschichte der Duisburger LINKEN waren geprägt von Krisen in der Bundespartei und im Landesverband. Dies blieb auch nicht ohne Auswirkung in unserem Kreisverband.

In der Frage der Besetzung der Dezernentenstelle (das Vorschlagsrecht der LINKEN hätte es ohne Kooperation niemals gegeben) und des FOC in Hamborn hat es inhaltliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Mitgliedschaft. Während in der Dezernentenfrage der Kurs der Ratsfraktion ausdrücklich von der Mitgliedschaft beschlossen wurde, hat es zum FOC keine Beschlussfassung in einer Mitgliederversammlung gegeben. Allerdings hat sich die Mitgliederversammlung gegen den Abriss der Zinkhüttensiedlung ausgesprochen.

Nach zahlreichen Wahlerfolgen mussten wir im letzten Jahr mit lediglich 2,5% eine schwere Niederlage bei den Landtagswahlen in NRW hinnehmen. Nach einer Neuorientierung und der Beendigung der Führungskrise ist es den beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger gelungen, den Zusammenhalt zu stärken und die Partei geschlossen in den Bundestagswahlkampf zu führen.

Die Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl von 8,6% bundesweit, 6,1% in NRW und 8,3% in Duisburg haben den Negativtrend gestoppt.

Ohne eine starke Partei, die finanziell und organisatorisch in der Lage ist, einen engagierten Wahlkampf zu führen, ist zu befürchten, dass unser Kommunalwahlergebnis von 2009 mit 7,6% nicht zu erreichen sein wird.

Deshalb kommt es nun darauf an, unser Kommunalwahlprogramm in einem solidarischen Miteinander zu entwickeln. Dabei sollen die Positionen ausgetauscht und von der Mitgliederversammlung entschieden werden. Die LINKE versteht sich als Programmpartei. Deshalb sollen zunächst die Inhalte und danach die Kandidatinnen vorgeschlagen und gewählt werden. Leitfaden unserer Inhalte ist unser bisheriges Kommunalprogramm, der Entwurf der kommunalpolitischen Leitlinien 2014 des Landesvorstandes und die Interessen der Mehrheit der Duisburger Bevölkerung.

Dabei geht es um eine solidarische Stadt, die soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie für alle sicherstellt. Dazu gehört eine zukunftsfähige Finanzausstattung ebenso wie eine kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Ob Gesundheit, ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr, bezahlbare Mieten, Kultur, Sport, Umwelt, Bildung und Ausbildung, gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Gleichberechtigung und eine Integrationspolitik - ohne DIE LINKE. werden sich die Lebensbedingungen der Menschen nicht verbessern.

Neben einer kommunalen Friedenspolitik setzt sich DIE LINKE für das Verbot aller faschistischen Organisationen ein und tritt ihnen entgegen.

